

Policy Paper • Nr. 2 • September 2017



Mit Bürger_innenentscheiden gegen Bergbau und Fracking

von Neelke Wagner und Kristina Dietz

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Nachwuchsgruppe GLOCON, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Bettina Engels / Dr. Kristina Dietz
Boltzmannstr. 1, 14195 Berlin

Layout und Redaktion: Tobias Kalt / Anna Dobelmann

Bildnachweis Titelbild: Hanna Thiesing

ISSN: 2512-8337

Zitiervorschlag:

Wagner, Neelke/Dietz, Kristina: Mit Bürger_innenentscheiden gegen
Bergbau und Fracking. GLOCON Policy Paper, Nr. 2, Berlin, 2017

Alle GLOCON Policy Paper sind online verfügbar unter www.land-conflicts.net

© Nachwuchsgruppe GLOCON

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

GLOCON
Global Change - Local Conflicts

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|--|----|
| Einleitung | 1 |
| 1 Direkte Demokratie: Was ist das? | 1 |
| 2 Direkte Demokratie und Bergbau | 2 |
| 3 Auswahl der Fälle | 3 |
| 4 Bürger_innenentscheide: rechtliche Rahmenbedingungen | 3 |
| 5 Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen | 4 |
| 6 Direkte Demokratie in Konflikten um Bergbau und Fracking | 5 |
| 6.1 Longmont, Colorado, USA | 5 |
| 6.2 Esquel, Chubut, Argentinien | 7 |
| 6.3 La Colosa (Piedras, Cajamarca, Ibagué), Tolima, Kolumbien | 8 |
| 6.4 Hermosa Beach, Kalifornien, USA | 12 |
| 7 Bedingungen für direkte Demokratie in Konflikten um Bergbau und Fracking .. | 13 |
| 7.1 Politisch-institutionelle Bedingungen und Gelegenheiten | 13 |
| 7.2 Strategische Partner aus Wirtschaft und Politik | 14 |
| 7.3 Ressourcen | 14 |
| 7.4 Reaktionen der Industrie | 15 |
| 7.5 Reaktionen des Staates | 15 |
| 8 Direkte Demokratie ist voraussetzungsvoll, aber ihr Einsatz kann sich lohnen | 16 |
| 9 Ausblick | 17 |
| Literaturverzeichnis | 18 |
| Über die Autor_innen | 20 |

EINLEITUNG

Weltweit wächst die Zahl neuer Bergbau- und Bohrprojekte (Reichl et al. 2017). Trotz Schwankungen versprechen die Weltmarktpreise für Rohstoffe auch weiterhin Gewinne für Unternehmen und Einnahmen für Staaten. Doch während den einen hohe Gewinne winken, fürchten andere, vor allem Anwohner_innen, um ihre Umwelt. Bergbau sowie Öl- und Gasförderung verbrauchen nicht nur natürliche Ressourcen wie Wasser und Boden und verändern das Landschaftsbild. Sie verschmutzen zudem die Luft und hinterlassen giftige Abwässer und Abraum. Daraus erwachsen Konflikte, die in den letzten Jahren immer zahlreicher geworden sind.

Lokale Volksabstimmungen haben sich vor allem in Nord- und Lateinamerika als Strategie im Kampf gegen Bergbau- und Bohrprojekte etabliert. In den USA gab es seit 2012 insgesamt 29 lokale Volksabstimmungen zum Thema Fracking. Davon fanden 13 in Ohio, je sieben in Kalifornien und Colorado und je eine in Texas und Illinois statt.¹ Für Lateinamerika zählte das zivilgesellschaftliche Beobachtungszentrum für Bergbaukonflikte *Observatorio de Conflictos Mineros de América Latina* (OCMAL) im Juli 2017 mindestens 219 Konflikte um industrielle Minen². Von 2002 bis Juni 2017 fanden in Peru, Argentinien, Guatemala, El Salvador, Ecuador und Kolumbien mehr als 90 lokale Volksentscheide über Bergbauprojekte statt. Weitere sind in Vorbereitung, wovon einige nicht von Gegner_innen, sondern Befürworter_innen industrieller Minenprojekte initiiert werden (Walter/Urikidi 2015; Dietz 2017).

In anderen Teilen der Welt sind Volksentscheide zu Bergbau und Fracking nur vereinzelt zu beobachten. In Deutschland starteten Umweltgruppen in Brandenburg 2009 eine Volksinitiative für den Kohleausstieg,

die aber mangels Unterschriften scheiterte. In Grönland versuchten Gegner_innen eines Uranminenprojektes vor rund einem Jahr, ein Referendum über Uranabbau im Land durchzusetzen – ebenfalls ohne Erfolg. Und in Italien erreichte ein Volksentscheid über Ölbohrverbote nahe der Küste das Quorum³ nicht.

Dieses Paper analysiert den Einsatz direktdemokratischer Instrumente in Konflikten um Bergbau und Fracking. Unter welchen Bedingungen greifen Protestgruppen zu diesen Instrumenten und wie setzen sie diese ein? Was sind die Erfolgsbedingungen? Dazu definiert es zunächst den Begriff „direkte Demokratie“ und erklärt die wichtigsten Instrumente. Darauf folgt ein kurzer Überblick über Rohstoffabbau und direktdemokratische Entscheidungsverfahren in den Ländern, deren Bürger_innen Referenden besonders oft nutzen, um Bergbau- und Bohrprojekte zu stoppen. Vier Fälle werden genauer betrachtet. Die Ergebnisse der Analyse und ein Ausblick auf weitere Forschungsfragen schließen das Paper ab.

1 DIREKTE DEMOKRATIE: WAS IST DAS?

Direkte Demokratie bezeichnet allgemein die unmittelbare, verbindliche Entscheidung der Bürger_innen über eine Sachfrage. Darüber, was genau unter „direkter Demokratie“ oder „direktdemokratischen Verfahren“ verstanden wird, herrscht in der Wissenschaft kein Konsens. Dieses Paper orientiert sich an der Terminologie des *Initiative and Referendum Institute Europe* (IRIE), die auch vom *Direct Democracy Navigator* verwendet wird.⁴ Demnach muss die Abstimmung obligatorisch – aufgrund einer gesetzlichen oder verfassungsmäßigen Regelung – oder „von unten“ zustande kommen.

¹ ballotpedia.org, eine Online-Enzyklopädie für direkte Demokratie, dokumentiert sämtliche Volksabstimmungen in den USA. Die Übersicht zu Fracking ist abrufbar unter https://ballotpedia.org/Local_fracking_on_the_ballot [letzter Aufruf 18.07.2017].

² S. http://www.mapa.conflictosmineros.net/ocmal_db/ [letzter Aufruf 19.07.2017].

³ Quorum nennt man den Mindestanteil an Stimmberechtigten, der sich an einer Abstimmung beteiligen muss (Beteiligungsquorum) oder mit „Ja“ stimmen muss (Zustimmungsquorum), damit das Ergebnis der Abstimmung gültig (= bindend) ist.

⁴ Die Typologie der Verfahren ist unter <http://www.direct-democracy-navigator.org/typology> abrufbar [letzter Aufruf 18.07.2017].

„Von unten“ bedeutet, dass die Bürger_innen die Abstimmung per Volksbegehren verlangt haben. Dieses Verfahren ist meist zweistufig geregelt: Eine Mindestzahl an Stimmberechtigten muss eine Forderung unterschreiben (Volksbegehren oder Initiative), damit sie darüber direkt abstimmen können (Volksentscheid). Die direkte Entscheidung der Bürger_innen ersetzt dann eine Entscheidung des Parlaments oder des Gemeinderats. So ist es etwa in den US-amerikanischen Bundesstaaten, einigen argentinischen Provinzen und in Kolumbien geregelt. Wenn das Ergebnis der Abstimmung den Staat oder die Gemeinde rechtlich nicht bindet, sondern nur beratenden Charakter hat, dann spricht man von einer Volkspetition. Sie zählt wegen der mangelnden Verbindlichkeit nicht zu den direktdemokratischen Verfahren.

„Von oben“ können das Parlament bzw. das Staatsoberhaupt (auf kommunaler Ebene die der Bürgermeister_in oder der Stadtrat) ein Referendum initiieren. Sie setzen dann das Thema, die Abstimmungsfrage und den Termin fest. Diese Variante entspricht den *consultas* in Kolumbien bis 2015. Weil solche Referenden Instrumente der repräsentativen Organe bleiben, werden sie meist nicht zu den direktdemokratischen Verfahren

gerechnet. Hier ist es den Bürger_innen nicht möglich, notfalls an den repräsentativen Gremien vorbei eine verbindliche Entscheidung zu fällen.

In diesem Paper fallen Abstimmungen „von oben“ dann unter die Definition „direkte Demokratie“, wenn das Verfahren aufgrund massiven Drucks der Bevölkerung ausgelöst wurde. Das ist zwar formalrechtlich unscharf, aber aus analytischer Perspektive sinnvoll, da in der vorliegenden Untersuchung die politische Wirksamkeit der Instrumente im Mittelpunkt steht.

2 DIREKTE DEMOKRATIE UND BERGBAU

In der Regel werden Bergbauprojekte auf nationalstaatlicher Ebene genehmigt und reguliert. Auf dieser Ebene gibt es aber nur in wenigen Staaten und meist nur in Ausnahmefällen direktdemokratische Instrumente, über die Bürger_innen direkt Entscheidungen treffen könnten. Ein solcher Ausnahmefall war die Volksabstimmung über die Verstaatlichung des Kupferbergbaus in Sambia 1969, in der aber nur über die Besitzverhältnisse, nicht über die sonstige



Stimmzettel Bürger_innenentscheid Cajamarca, Kolumbien (Foto: Hanna Thiesing)

Mitbestimmung der Bürger_innen in der Bergbaupolitik entschieden wurde. Die konkreten Auswirkungen des Bergbaus zeigen sich jedoch vor allem vor Ort, und lokal existieren häufiger direktdemokratische Instrumente als auf nationaler Ebene. Dadurch deutet sich bereits an, dass die Nutzung direktdemokratischer Instrumente in Bergbaufragen Konflikte zwischen den verschiedenen politischen Ebenen hervorrufen kann, wenn durch einen lokalen Entscheid etwas verhindert werden soll, was auf der nationalen Ebene beschlossen oder genehmigt wurde. Eine weitere Möglichkeit für die Bevölkerung, über Bergbauprojekte abzustimmen, bietet die ILO-Konvention 169. Doch fallen ihre Instrumente, zu denen auch Volksabstimmungen zählen, nicht unter die Kategorie „direkte Demokratie“, weswegen sie hier nicht weiter betrachtet werden sollen.⁵

3 AUSWAHL DER FÄLLE

Anhand von vier Fällen – zwei aus den USA, einem aus Kolumbien und einem aus Argentinien – werden die Faktoren herausgearbeitet, die einen erfolgreichen Einsatz direktdemokratischer Instrumente in Bergbaukonflikten begünstigen. Dazu orientieren wir uns an folgenden Leitfragen:

1. Was hat den Protest ausgelöst?
2. Wie haben sich die Protestierenden organisiert und welche Strategien haben sie angewendet?
3. Welche Rolle spielte die direkte Demokratie? Warum wurde sie angewendet und was hat sie erreicht?
4. Was geschah nach dem Volksentscheid? Wie reagierten die Behörden, übergeordnete staatliche Ebenen, die Industrie?

⁵ Die ILO-Konvention 169 schreibt das Recht der indigenen Bevölkerung auf freie, informierte und vorausgehende Zustimmung fest. Diese Art der Abstimmung ist nicht der gesamten Bevölkerung gleichermaßen zugänglich, ihre Ergebnisse sind nicht grundsätzlich verbindlich. Deshalb handelt es sich streng genommen nicht um ein direktdemokratisches Instrument (vgl. Schilling-Vacaflor/Flemmer 2015).

Die Fälle Longmont, Colorado (USA) und Esquel, Chubut (Argentinien) sind deshalb interessant, weil sie zu den ersten ihrer Art gehören und spätere Bürger_innenentscheide inspiriert haben. In beiden Fällen entwickelte sich nach dem Entscheid ein andauernder Konflikt zwischen der lokalen und höheren politischen Ebenen um die Entscheidungshoheit in der Sache. Er wurde sowohl vor Gericht als auch auf der Straße ausgetragen. Im Fall der Goldmine La Colosa, Tolima (Kolumbien), der mehrere Gemeinden betrifft, waren die Bergbaueegner_innen zunächst auf die Unterstützung der lokalen Politik angewiesen, weil dort bis 2015 nur Bürgermeister_innen einen Bürgerentscheid ansetzen konnten. La Hermosa, Kalifornien (USA) bildet einen Sonderfall, weil die Stadt schon früh Ölförderaktivitäten von ihrem Territorium verbannte und die Protestierenden so auf eine Tradition des Umwelt- und Anwohner_innenschutzes aufbauen konnten.

4 BÜRGER_INNENENTSCHEIDE: RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Während in Argentinien die Provinzen lokale Volksabstimmungen (span. *consultas populares*) jeweils selbst regeln, hat Kolumbien sie in der nationalen Verfassung verankert. Ihre Anwendung bestimmt das nationale Partizipationsgesetz (Ley 134, Art. 50-57) von 1994. Darüber hinaus ermöglicht das Gemeindegesetz (Ley 136, Art. 31) von 1994, das den Gemeinden eine weitreichende politische Autonomie einräumt, Referenden bei bestimmten, die Landnutzung betreffenden Entwicklungsprojekten durchzuführen (u.a. beim Bergbau). Bis Juli 2015 konnten nur Bürgermeister_innen lokale Volksentscheide anstoßen. Das Gesetz 1757 vom Juli 2015 öffnet auch sozialen Bewegungen diese Möglichkeit, wenn sie dafür eine bestimmte Anzahl Unterschriften sammeln. Diese Initiativen müssen stets den Gemeinderat passieren, der in einfacher Mehrheit entscheidet, ob er der Initiative stattgibt. Lokale Volksabstimmungen sind formal gültig, wenn sich mindestens 33 Prozent der Wahlberechtigten beteiligen. Ihre Ergebnisse sind für



Mobilisierung in Cajamarca, Kolumbien (Foto: Hanna Thiesing)

lokale Regierungen bindend und müssen mittels einer Gemeindeverordnung umgesetzt werden.

Die argentinische Provinz Chubut, in der das Minenprojekt von Meridian Gold⁶ gelegen ist, sieht in ihrer Verfassung zwei Instrumente „halbdirekter“ Demokratie vor: die *consulta popular* (Art. 262) und die Volkspetition (Art. 263). Eine *consulta* kann nur vom Parlament angesetzt werden, ihr Ergebnis ersetzt dann eine entsprechende Entscheidung des Parlaments. Daneben können Legislative und Exekutive auch unverbindliche Volksbefragungen ansetzen. Mit einer Volkspetition können mindestens drei Prozent der Bürger_innen ein Thema ins Parlament einbringen,

⁶ Meridian Gold gehört inzwischen zu Yamana Gold Inc.

das dann innerhalb von sechs Monaten darüber zu entscheiden hat.⁷

In den USA kennen fast alle Bundesstaaten gut geregelte direktdemokratische Instrumente auf lokaler Ebene. Kalifornien und Colorado gehörten vor mehr als hundert Jahren zu den ersten US-Staaten, die Volksbegehren und -entscheide (engl. *initiative* und *referendum*) einführten. Seitdem können die Bürger_innen auf bundesstaatlicher und lokaler Ebene erreichen, dass sie anstelle des Stadt- oder Gemeinderats verbindlich über eine Frage abstimmen, wenn sie dafür eine bestimmte Menge an Unterschriften gesammelt haben. In der Regel kann über alle Themen ein Bürger_innen- oder Volksentscheid⁸ stattfinden, über die auch die gewählten Vertreter_innen zu entscheiden haben. Das heißt, Volksentscheide und Parlaments- bzw. Gemeinderatsentscheidungen sind prinzipiell gleichgestellt.

5 WIRTSCHAFTSPOLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

In Kolumbien setzt der Staat traditionell auf Extraktivismus. Der Bergbausektor bildet eine der wesentlichen Säulen des kolumbianischen Außenhandels – vor allem Kohle und Gold sind Exportschlager, denen auch im aktuellen Nationalen Entwicklungsplan eine tragende Rolle zukommt (Departamento Nacional de Planeación 2015). Der Abbau funktioniert über die Vergabe von Konzessionen, die es einzelnen Unternehmen erlauben, in einem bestimmten Gebiet Bodenschätze abzubauen. Seit 2010 hat die nationale Bergbaubehörde 12.000 Konzessionen für insgesamt fünf Millionen Hektar vergeben, davon ein Drittel an ausländische Konzerne. Anträge für weitere 25 Millionen Hektar – ein Viertel des gesamten kolumbianischen Bodens – liegen bereits vor (Weber 2016).

⁷ Die Verfassung der Provinz Chubut in spanischer Sprache ist abrufbar unter <http://www.conjura.net/6toB/chubut/constitucion-de-la-provincia-de-chubut> [letzter Aufruf 08.05.2017].

⁸ Im deutschen Sprachgebrauch unterscheidet man Bürger_innenentscheid (kommunale Ebene) und Volksentscheid (Landes- bzw. Bundesebene).

Argentinien – eher ein Agrar- als ein Bergbaustaat – befand sich 1998 bis 2002 in einer tiefen Wirtschaftskrise, in deren Folge die Auslandsinvestitionen – und damit auch die globaler Bergbaukonzerne – stark zurückgingen. Doch im Jahr 2008 war der Export des argentinischen Bergbausektors wieder auf vier Milliarden US-Dollar angestiegen. Und internationale Akteure interessieren sich wieder stark für die argentinischen Bodenschätze. Unter vier Fünfteln des argentinischen Staatsgebietes lagern förderungswürdige Rohstoffe, verspricht die deutsch-argentinische Handelskammer investitionsinteressierten Firmen (AHK 2014). Insbesondere seit der Wahl Mauricio Macris zum neuen Staatspräsidenten steht die Entwicklung des Bergbausektors im Zentrum der nationalen Politik. Die Regierung plant ein neues Bergbaugesetz, das die je nach Provinz unterschiedlichen Auflagen für Minenbetreiber vereinheitlichen will, um Investitionen in den Sektor anzuziehen (Quintana 2017).

In den USA gehen klassische Bergbauaktivitäten eher zurück, doch Fracking erlebt seit 2005 einen Boom. Mittels Fracking (*Hydraulic Fracturing*) werden Öl- und Gasvorkommen erschlossen, die mit herkömmlichen Technologien nicht erreicht werden. Unter hohem Druck wird ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien in den Boden gepresst, das öl- und gasführende Gesteinsschichten aufbricht und so dafür sorgt, dass die Rohstoffe entweichen können. Dadurch

können in relativ kurzen Zeiträumen große Vorkommen erschlossen werden. Die *Energy Information Administration* (EIA) der USA beziffert die im Untergrund ruhenden Ressourcen von Schiefergas, das mit Hilfe von Fracking gefördert werden muss, auf rund fünf Billionen Kubikmeter; das sind mehr als die Hälfte der gesamten Gasvorkommen der USA (EIA 2016:2). Mittlerweile stammen zwei Drittel des in den USA geförderten Gases aus Fracking (Perrin/Cook 2016). Fracking genießt zahlreiche Ausnahmen von Umweltsetzen. So müssen Betreiber von Fracking-Stationen weder offenlegen, welche Chemikalien sie genau einsetzen noch wird die Auswirkung der Pressbohrungen auf die Luft- und Wasserqualität überwacht. Die Abwässer werden häufig in offenen Gruben aufgefangen. In den USA haben Anwohner_innen das Recht auf Information gegenüber Firmen, die mit giftigen Stoffen umgehen. Das gilt bei Fracking jedoch nicht.

6 DIREKTE DEMOKRATIE IN KONFLIKTEN UM BERGBAU UND FRACKING

6.1 Longmont, Colorado, USA

Einer Schätzung der Umweltschutzorganisation *Environment America* zufolge⁹ entstanden zwischen

⁹ Aufgrund der mangelnden Regulierung sind offizielle Zahlen nicht zu bekommen.



Fracking-Anlage in Weld, Colorado (Foto: WildEarth Guardians, Creative Commons)

2005 und 2012 im US-Bundesstaat Colorado 18.168 neue Fracking-Förderstellen (Ridlington/Rumpler 2013). Das ist nach Texas der zweitgrößte Zuwachs. Zwischen 2005 und 2015 vervierfachte sich Colorados Rohölproduktion. Die Gasförderung wuchs um 50 Prozent, wobei ein Großteil des Wachstums auf Fracking zurückgeht (EIA 2016). Die Aktivitäten konzentrieren sich auf die Bezirke Boulder und Weld, zwischen denen die Stadt Longmont liegt – die Gemeinde, die als erste in den USA ein Fracking-Verbot per Bürger_innenentscheid durchzusetzen versuchte. Im November 2012 stimmten fast 60 Prozent der Bürger_innen von Longmont für ein Fracking-Verbot innerhalb der Stadtgrenzen. Doch das Votum bedeutete nicht mehr als einen Etappensieg. Ein Streit entbrannte zwischen dem Bundesstaat Colorado und der Stadt, ob ein Bürger_innenentscheid über Fracking überhaupt zulässig sei, da die Genehmigungen für diese Form der Öl- und Gasförderung von einer bundesstaatlichen Behörde erteilt werden.

Von Anfang an nutzten die Protestakteure mehrere Wege, die politische Entscheidungsfindung zu beeinflussen: Die Aktivist_innen organisierten sich in Bürger_innenversammlungen, informierten sich über Technik und Umweltgefahren des Frackings und gaben ihre Erkenntnisse weiter, und sie vernetzten sich mit anderen betroffenen Gemeinden und mit Umweltverbänden. Ihre Strategien wechselten sich während des nunmehr sechs Jahre andauernden Widerstands ab. Als ein wichtiges Standbein entpuppte sich die direkte Demokratie (Dodge 2012).

Angestoßen hatte den Entscheid eine Anwohner_inneninitiative. Sie gründete sich 2011, nachdem eine Ölfirma von der Stadt die Konzession erhalten hatte, bis zu 182 Fracking-Förderstellen auf kommunalem Land zu errichten, unter anderem in der Nähe eines großen Trinkwasserreservoirs sowie von zwei Grundschulen (LongmontRoar 2013). Die Nachbar_innen wandten sich an landesweite Umweltverbände, hielten mehrere Informationsveranstaltungen ab und konnten ein halbes Jahr später erreichen, dass der Stadtrat sich

mit dem Thema befasste (Dodge 2012). Er verkündete ein viermonatiges Moratorium, um in dieser Zeit geeignete Regeln für Fracking in Longmont zu erarbeiten. Auf mehreren folgenden Bürger_innenversammlungen machten die Einwohner_innen deutlich, dass sie Fracking am liebsten ganz aus der Stadt verbannt hätten. Doch die vom Stadtrat schließlich vorgelegten Regelungsvorschläge blieben weit hinter diesem Ziel zurück. Die Protestierenden schlossen sich unter dem Namen *Our Health, Our Future, Our Longmont* zusammen und erarbeiteten ein Zusatzkapitel für die Satzung unter dem Titel „Longmont Act für Öffentliche Gesundheit, Sicherheit und Wohlergehen“. Sie sammelten die für einen Bürger_innenentscheid erforderlichen 5.700 Unterschriften innerhalb von zwei Monaten. 60 Prozent Zustimmung erhielt ihre Vorlage im Entscheid am 6. November 2012. Sie hätte Fracking und das Lagern von Fracking-Abwässern in offenen Becken innerhalb der Stadtgrenzen ganz verboten.¹⁰

Dagegen legten die *Colorado Oil and Gas Association* (Verband der Öl- und Gasindustrie) sowie die für die bundesstaatliche Regulierung von Bohraktivitäten zuständige *Colorado Oil and Gas Conservation Commission* Klage ein. Das neue Kapitel der Satzung sei illegal, „weil die Gemeinde nicht verbieten dürfe, was der Staat erlaubt“.¹¹ Der Bezirksrichter folgte dieser Auffassung und erklärte die Abstimmung am 24. Juli 2014 für ungültig. Zum Zeitpunkt des Urteils hatten bereits fünf weitere Gemeinden in Colorado über Fracking-Moratorien oder -Verbote abgestimmt – und bis auf eine stimmten alle gegen Fracking. Die Anti-Fracking-Gruppen hatten sich bereits untereinander vernetzt und eine gemeinsame Plattform gegründet: *Coloradans against Fracking*¹². Die Unterstützer_innen der Longmont-Initiative legten Beschwerde gegen

10 Die Satzungsänderung im Wortlaut ist unter <http://ourlongmont.org/charter-amendment/> dokumentiert [letzter Aufruf 18.07.2017].

11 Die Klageschrift der *Colorado Oil and Gas Association* ist abrufbar unter http://ourlongmont.org/wp-content/uploads/2013/01/20121218_010338_COGAfiling.pdf [letzter Aufruf 08.05.2017].

12 Deren Internetpräsenz www.coloradansagainstfracking.us [letzter Aufruf 15.08.2017] listet vor allem Berichte über Gefahren des Frackings; wissenschaftliche Studien ebenso wie Dokumentationen von Havarien.

das Urteil ein. Mittlerweile hatte der Bezirk Boulder ein Fracking-Moratorium verhängt.

Dem gebündelten lokalen Widerstand setzte die Industrie zwei Initiativen auf Landesebene entgegen. Sie initiierte 2014 zwei Volksbegehren: Eines sollte Gemeinden, die auf ihrem Gebiet Probebohrungen und die Förderung von Öl und Gas verbieten, von den Steuereinnahmen aus Bohraktivitäten ausschließen. Das andere forderte eine Kostenschätzung, mit der Initiativen künftig vorrechnen müssten, wie viel Geld die begehrte Maßnahme kosten würde. Dies beantworteten die Frackinggegner_innen mit drei eigenen Initiativen, die lokale Selbstbestimmungsrechte generell sowie speziell im Umweltschutz stärken und für Frackingprojekte einen landesweiten Mindestabstand von 2.000 Fuß (610 Meter) bis zur nächsten Bebauung erreichen sollten.

Colorado stand die teuerste Referendumskampagne seiner Geschichte bevor (Jaffe 2014). Zugleich befeuerte der Konflikt einen Machtkampf innerhalb der Demokratischen Partei des Bundesstaates. Während Gouverneur John Hickenlooper sich hinter die Forderungen der Industrie stellte und lokale Fracking-Moratorien als illegal bezeichnete, unterstützte der lokale Abgeordnete Jared Polis die Anti-Fracking-Initiativen. Bevor dieser Streit ernsthaft eskalieren konnte, handelten die Vertrauenspersonen der Initiativen einen Kompromiss aus: Die *Colorado Oil and Gas Task Force* wurde gegründet, eine Art Runder Tisch, der den Gesetzgeber über Wege beraten soll, „die Konflikte um Landnutzung zu minimieren“ (ebd.). Die Task Force bestand aus Vertreter_innen von Gemeinderäten, Bürgerinitiativen, Landwirtschafts- und Umweltverbänden sowie der betroffenen Industrie und wurde vom Gouverneur einberufen. Sie legte im Februar 2015 ihren Abschlussbericht vor. Darin spricht sie neun Empfehlungen aus, die hauptsächlich eine bessere Information der Bürger_innen und gemeinsame Entscheidungsfindung von staatlichen Behörden und Industrie einfordern.¹³ Während der Abgeordnete

13 Der Abschlussbericht der Task Force ist abrufbar unter <http://dnr.state.co.us/ogtaskforce/Documents/OilGasTaskForce-FinalReport.pdf> [letzter Aufruf 08.05.2017].

Frank McNulty, der die Kampagne der Industrie unterstützt hatte, von einem Sieg sprach, zeigten sich die lokalen Aktivist_innen enttäuscht. Ihr einziger Erfolg: Die *Colorado Oil and Gas Conservation Commission* zog ihre Klage gegen die Gemeinde Longmont zurück. Die anderen Anti-Fracking-Gemeinden sahen sich jedoch weiterhin kostspieligen Rechtsstreits gegenüber. Und am 2. Mai 2016 bestätigte Colorados Oberstes Gericht die Einschätzung der Bezirksgerichte von Boulder und Larimer, die die Fracking-Verbote der Städte Longmont und Fort Collins für ungültig erklärt hatten. Auf lokaler Ebene ist der Kampf gegen Fracking damit vorerst gescheitert.¹⁴

Das landesweite Bündnis ging deshalb wieder in die Offensive und startete zwei neue Initiativen, die im November 2016 zur Abstimmung hätten stehen sollen. Eine sollte den Kommunen des Bundesstaats ausdrücklich das Recht einräumen, Fracking selbst zu regulieren. Die andere legt einen Mindestabstand von 2.500 Fuß (762 Meter) zwischen Frackingstationen und Wohnhäusern, Schulen, Krankenhäusern und Wasserspeichern fest (Goodland 2016). Beide wurden von der Innenverwaltung für unzulässig erklärt. Die Initiativen klagten vor dem Obersten Gericht Colorados dagegen, das jedoch die Entscheidung der Verwaltung am 14. April 2016 bestätigte.¹⁵ Damit ist der Kampf der *Coloradans against Fracking* auf bundesstaatlicher Ebene bis auf Weiteres verloren. Das Frackingmoratorium des Bezirks Boulder bestand zum Redaktionsschluss dieses Papers noch.

6.2 Esquel, Chubut, Argentinien

In der Gemeinde Esquel in der Provinz Chubut im Süden Argentiniens organisierten sich Bürger_innen Ende 2002 in einem Anti-Bergbau-Nachbarschaftskomitee (*Asamblea de Vecinos Autoconvocados de Esquel por el*

14 Das Urteil im Wortlaut ist abrufbar unter <https://www.longmontcolorado.gov/home/showdocument?id=18241> [letzter Aufruf 08.05.2017].

15 Das Urteil im Wortlaut ist abrufbar unter https://www.courts.state.co.us/userfiles/file/Court_Probation/Supreme_Court/initiatives/2015-16/16SA71/4-14-16%20court%20order.pdf [letzter Aufruf 18.07.2017].

No a la mina, AVAE), nachdem die Provinzregierung dem kanadischen Unternehmen Meridian Gold genehmigt hatte, in der Nähe der Stadt Gold zu fördern (Walter/Martinez-Alier 2010; Svampa et al. 2009). Die Anwohner_innen fürchteten eine Vergiftung der Umwelt – vor allem des Wassers – durch Zyanid, mit dem das Gold aus dem Gestein gewaschen wird. Nach zwei Demonstrationen, wovon die zweite am 1. Dezember 2002 3.000 Menschen (zehn Prozent der Bevölkerung von Esquel) auf die Straße brachte, konnte das Komitee *No a la mina* den Gemeinderat dazu bewegen, ein lokales Referendum zu initiieren (Cúneo/Gascó 2013).

Die Verfassung der Provinz Chubut gibt Bürgermeister_in und Gemeinderat die Möglichkeit, Gesetze dem Volk zur Abstimmung vorzulegen. Außerdem können mindestens drei Prozent der Stimmberechtigten dem Rat einen Gesetzesvorschlag unterbreiten. Beide Verfahren sind aber nicht verbindlich, das heißt, der Gemeinderat kann sich über das Ergebnis hinwegsetzen. Der Gemeinderat setzte die Abstimmung für den 23. März 2003 an. 75 Prozent der Wahlberechtigten nahmen teil und stimmten mit einer Mehrheit von 81 Prozent gegen das Bergbauprojekt. Kurz nach der Abstimmung, obgleich sie nicht bindend war, verabschiedete die Provinzregierung von Chubut ein Gesetz (Ley 5.001), das die Verwendung von Zyanid im offenen Tagebau in der Provinz verbietet. Dieses Gesetz kommt de facto einem Moratorium für industriellen Goldbergbau gleich (Renauld 2016: 526). Seither ruht das Projekt, obwohl sich Meridian Gold weigerte, seine Pläne aufzugeben. Im Jahr 2007 kaufte Yamana Gold, ebenfalls ein Unternehmen aus Kanada, Meridian Gold auf. Yamana startete in den folgenden Jahren mehrere „Kommunikationskampagnen“, die Bevölkerung und Politik von den Vorzügen des Bergbaus überzeugen sollten – ohne großen Erfolg.¹⁶ Im Jahr 2014 versuchten die Bürger_innen von Chubut, ihr Parlament per Volkspetition zum endgültigen Verbot offenen Bergbaus in der Provinz zu bewegen. Doch in der Parlamentsdebatte wurde der Vorschlag der

Potent_innen umgedreht. Statt den Bergbau grundsätzlich zu verbieten, verhängte das Parlament ein 120-tägiges Moratorium. Innerhalb dieser Zeit sollte die Regierung einen ergebnisoffenen Diskurs über den Bergbau anstoßen und moderieren. Allerdings sieht das Gesetz immer noch vor, dass jedes Bergbauprojekt der Zustimmung in einem Bürger_innenentscheid bedarf, der alle vom Projekt betroffenen Ortschaften umfasst. Die Aktivist_innen von *No a la mina* haben sich mittlerweile mit Dutzenden Nachbarschaftskomitees in ganz Argentinien vernetzt. Sieben der 23 Provinzen Argentiniens haben inzwischen Tagebaue auf ihrem Territorium verboten (Castilla 2016).

Nachdem die nationale Regierung unter dem konservativen Präsidenten Mauricio Macri in 2016 einen nationalen Pakt für Bergbau angekündigt hat, prüft die aktuelle Provinzregierung von Chubut derzeit die Durchführung einer regionalen *consulta* mit dem Ziel, das Gesetz von 2003 aufzuheben und industriellen Bergbau in der Region wieder zu ermöglichen (Huella Minera 2016).

6.3 La Colosa (Piedras, Cajamarca, Ibagué), Tolima, Kolumbien

Im Jahr 2006 erhielt das südafrikanische Unternehmen AngloGold Ashanti (AGA) Konzessionen zur Förderung von Gold auf dem Gebiet der Gemeinde Cajamarca in der kolumbianischen Provinz Tolima. Seit das Projekt 2007 bekannt wurde, mobilisieren eine Vielzahl unterschiedlicher Gruppen gegen das Projekt. Die Allianz umfasst neben Anwohner_innen, Umweltschützer_innen und kleinbäuerlichen Basisorganisationen auch lokale Politiker_innen, Unternehmer_innen und Wissenschaftler_innen (Dietz 2017). Sie stammen aus Cajamarca und den Nachbargemeinden Ibagué und Piedras. Im Jahr 2011 schlossen sie sich zum „Umweltkomitee zum Schutz des Lebens“ (*Comité Ambiental en Defensa de la Vida*) zusammen.

Die Gegner_innen des Bergbauprojektes befürchten, dass es ihr Wasser vergiften und damit den Kleinbäuer_innen und den Reisproduzent_innen – die

¹⁶ Der Fall ist in der globalen Datenbank für gewaltfreie Aktion dokumentiert: <http://nvdatabase.swarthmore.edu/content/esquel-community-opposes-gold-mining-argentina-2002-2006> [letzter Aufruf 08.05.2017].



Aktivist mit Bürgermeister Guillermo Alfonso Jaramillo (Ibagué, Kolumbien) beim Protestmarsch für den Bürger_innenentscheid (Foto: Hanna Thiesing)

Gegend verdient auch mit monokulturellem Reisanbau in Großgrundbesitz ihr Geld – ihre Lebensgrundlage nehmen könnte. Außerdem forderten sie ganz grundsätzlich ihr Recht ein, bei lokalen und regionalen Entwicklungsprozessen mitentscheiden zu dürfen, besonders, wenn es um die Aneignung und Nutzung von Gemeingütern und Bodenschätzen geht. Der Protest dauert mittlerweile fast zehn Jahre an. Anders als in Longmont und Esquel hat er sich jedoch nicht nur auf eine höhere politische Ebene verlagert, sondern horizontal ausgebreitet. Insgesamt drei Bürger_innenentscheide haben die lokalen Komitees unter dem Slogan „Si a la Vida, No a la Mina“ (Ja zum Leben, Nein zur Mine) in den Nachbargemeinden der Mine initiiert. In der gesamten Zeit nutzten die Aktivist_innen auch andere Formen, um ihren Widerstand zum Ausdruck zu bringen: Sie mobilisierten zu Protestmärschen und Straßenblockaden, organisierten Informationsveranstaltungen und vernetzten sich mit anderen Protestbewegungen in Kolumbien.

Die erste *consulta popular* zur La Colosa-Mine fand am 28. Juli 2013 in Piedras statt. In Piedras sollte ein

Rückhaltebecken für die Entsorgung giftiger Abwässer entstehen, das per Tunnel mit der rund 80 Kilometer entfernten Mine verbunden werden sollte. Ein halbes Jahr zuvor hatten Anwohner_innen die einzige Zufahrt zum Dorf und den Erkundungsflächen blockiert und so das Bergbauunternehmen am Zugang dorthin gehindert. Die Blockade dauerte mehrere Wochen und wurde schließlich von der nationalen „Aufstandsbekämpfungsbrigade“ (*Escuadrones Móviles Antidisturbios*, ESMAD) beendet (Dietz 2017). Im Schatten der Blockade organisierten sich die Anwohner_innen gemeinsam mit den zum Teil außerhalb von Piedras lebenden Reisproduzent_innen. Unterstützung erhielten sie von NGOs und den Umweltkomitees aus Cajamarca und Ibagué sowie von Pax, einer (internationalen) Menschenrechtsorganisation (PAX 2016). Letztere berichtete den Protestakteuren von den Erfahrungen mit Volksabstimmungen in Esquel (Argentinien). Die Aktivist_innen in Piedras bereiteten daraufhin eine *consulta popular* vor, unterstützt vom Bürgermeister und schließlich auch dem Gemeinderat. Von einer in der Landeshauptstadt Bogotá ansässigen

Organisation holten sie sich Rechtsberatung. Am 28. Juli 2013 beteiligten sich 58 Prozent der Wahlberechtigten an der Abstimmung. 98,8 Prozent stimmten gegen Bergbau. Obwohl die nationale Regierung und das Unternehmen die Abstimmung nicht anerkannten mit der Begründung, Bergbaugenehmigungen würden auf nationaler, nicht auf lokaler Ebene erteilt, reagierte das Unternehmen und änderte seine Projektpläne: Alle Bereiche der Goldförderung (Abbau, Weiterverarbeitung und Entsorgung) sollten nun im Gemeindegebiet von Cajamarca angesiedelt werden (PAX 2016).

Von diesem Erfolg motiviert, wollten die Umweltkomitees von Cajamarca und Ibagué 2014 ebenfalls *consultas* in ihren Gemeinden organisieren. In Ibagué scheiterte die erste Initiative, weil der damals regierende Bürgermeister sie nicht unterstützte. In Cajamarca lehnte der Gemeinderat im Februar 2015 mit zehn zu elf Stimmen einen Bürger_innenentscheid über die Mine ab. Mitglieder des Umweltkomitees vermuten, dass sich die Ratsmitglieder vom Minenbetreiber einschüchtern ließen. Der hatte ihnen im Dezember 2014 per Brief angedroht, sich aus allen laufenden lokalen Entwicklungsfinanzierungen in der Gemeinde zurückzuziehen, sollte es zu einer Volksabstimmung kommen. Druck kam auch von der *procuraduría* (eine Art staatliche Verwaltungskontrollstelle), die für den Fall einer *consulta* ein Amtsmissbrauchsverfahren ankündigte, da der Gemeinderat für Bergbaufragen nicht zuständig sei (Arenas 2015).

Doch einige Monate später bekamen beide Gemeinden Gelegenheit für einen zweiten Anlauf. In Ibagué wurde Guillermo Alfonso Jaramillo zum neuen Bürgermeister gewählt, der die Proteste gegen Bergbau unterstützt. Am 4. Januar 2016 kündigte er eine Volksabstimmung in Ibagué an. Am 29. Februar 2016 stimmte der Gemeinderat knapp, mit zehn zu neun Stimmen, ebenfalls dafür. Das regionale Verwaltungsgericht erklärte die Abstimmungsfrage

für verfassungskonform¹⁷ und der Bürgermeister setzte den Abstimmungstermin für den 30. Oktober 2016 fest. Doch knapp zwei Wochen vor der Abstimmung und in der Hochphase der Mobilisierung ordnete das oberste Verwaltungsgericht (*Consejo de Estado*) die Aussetzung der *consulta* an. Vor dem Gericht hatten mehrere Mitglieder einer Bergarbeiter_innenvereinigung auf ihr Grundrecht auf Arbeit, das sie durch



Mobilisierung in Ibagué, Kolumbien (Foto: Hanna Thiesing)

die geplante Abstimmung bedroht sahen, geklagt. Mitte Dezember 2016 entschied das Gericht, dass die *consulta* von Ibagué durchgeführt werden könne, wenn die zur Abstimmung gestellte Frage neu formuliert würde. Zuvor hatte das nationale Verfassungsgericht ein Grundsatzurteil gefällt, wonach lokale und regionale Regierungen (Gemeinden, Provinzen) Bürger_innenbefragungen zu Bergbau durchführen dürfen, auch dann, wenn dies zu einem Verbot von

¹⁷ Die Frage lautete: „Está usted de acuerdo si o no que en el municipio de Ibagué se ejecuten proyectos mineras que impliquen contaminación de las aguas o afectación de la vocación agropecuaria y turística del municipio?“ (Sind Sie damit einverstanden, Ja oder Nein, dass in der Gemeinde Ibagué Bergbauprojekte durchgeführt werden, die das Wasser verschmutzen oder die landwirtschaftliche und touristische Bedeutung der Gemeinde beeinträchtigen?).

Bergbau in einer Gemeinde führen könnte.¹⁸ Am 16. März 2017 kündigte der Bürgermeister an, dem Gemeinderat eine neue Frage zur Abstimmung vorzulegen.¹⁹ Ob und wann es zur Abstimmung kommt, ist zum Redaktionsschluss dieses Papiers unklar.

Die Bergbauegegner_innen in Cajamarca, der Gemeinde, in der sich das Minenprojekt befindet, erhielten durch die Verabschiedung des Gesetzes 1757 im Juli 2015 zur Regelung von Volksentscheiden, die „von unten“ initiiert werden, eine neue Gelegenheit. Für die Initiierung eines Volksentscheids müssen mindestens zehn Prozent der Wahlberechtigten die Initiative per Unterschrift unterstützen. Für Cajamarca bedeutete dies, dass innerhalb von sechs Monaten 1.608 gültige Unterschriften zu sammeln waren. Binnen zwei Wochen hatte das lokale Umweltkomitee über 4.800 Unterschriften gesammelt, 3.364 davon wurden vom Wahlamt als gültig anerkannt. Folglich musste der Bürgermeister dem Gemeinderat die Initiative vorlegen, der Ende August 2016 der Durchführung einer *consulta* zustimmte. Das regionale Verwaltungsgericht erklärte die für die Abstimmung vorgesehene Frage

18 Das Urteil (Aktenzeichen T-445/16) ist nachzulesen unter <http://www.corteconstitucional.gov.co/relatoria/2016/t-445-16.htm> [letzter Aufruf: 22.03.2017].

19 So berichtete die Tageszeitung El nuevo Día am 17. März 2017, abrufbar unter <http://www.elnuevodia.com.co/nuevodia/tolima/ibague/313781-alcaldia-de-ibague-formulara-nueva-pregunta-para-consulta-popular-minera> [letzter Aufruf 22.03.2017].

für verfassungskonform und der Bürgermeister legte einen ersten Termin für Ende November 2016 fest. Dieser musste auf Druck des Wahlamtes wegen fehlender Vorbereitungszeit auf den 22. Januar 2017 verschoben werden. In der Zwischenzeit hat das oberste Verwaltungsgericht auch diesen Volksentscheid, aufgrund von Klagen des Unternehmens, ausgesetzt. Ähnlich wie im Fall von Ibagué entschied das Gericht, dass auch die *consulta* von Cajamarca mit veränderter Fragestellung durchgeführt werden könne. Am 26. März 2017 kam es zur Abstimmung.

Obgleich Gegner_innen des Volksentscheids zum Wahlboykott aufriefen, lag die Wahlbeteiligung mit 38,6 Prozent über dem zu erreichenden Quorum (33 Prozent). Die *consulta* ist damit gültig. 97,92 Prozent der Beteiligten sprachen sich gegen Bergbauprojekte in Cajamarca aus.²⁰ Am 27. April kündigte AngloGold Ashanti an, aufgrund des Widerstands in Cajamarca alle Arbeiten am Projekt La Colosa ruhen zu lassen – so lange, bis auf nationaler Ebene Klarheit über den bergbaupolitischen Kurs des Landes herrsche. Seit der Abstimmung in Cajamarca kam es in Kolumbien zu weiteren lokalen Bürger_innenentscheiden gegen Bergbau und Ölförderung: Am 4. Juni stimmten über 50 Prozent der Bevölkerung von Cumaral (Provinz Meta) gegen die

20 Das Ergebnis im Detail hat die Wahlbehörde veröffentlicht unter https://wsp.registraduria.gov.co/atipicas/BOLETINES/Boletin_CP_10_29022.pdf [letzter Aufruf 27.03.2017].



Mobilisierung am Tag der Abstimmung, Cajamarca, Kolumbien (Foto: Hanna Thiesing)

Förderung von Öl in ihrer Gemeinde, am 8. Juli stimmten die Bürger_innen in den Gemeinden Pijao (Provinz Quindío) und Arbeláez (Provinz Cundinamarca) gegen Bergbau und Ölförderung in ihren Gemeinden (El Espectador 2017). Weitere Gemeinden wollen den gleichen Weg gehen. Die wachsende Zahl an lokalen Volksentscheiden hat dazu geführt, dass in Kolumbien derzeit über Bergbau neu verhandelt wird. Seit der *consulta* in Cajamarca im März 2017 ist eine hitzige Debatte zwischen Jurist_innen, der Regierung, dem Ministerium für Bergbau und sozialen Bewegungsakteuren über die Legalität und Verbindlichkeit von direktdemokratischen Instrumente mit Bergbaubezug ausgebrochen (Valencia 2017)²¹. In diesem Rahmen hat die Regierung eine Gesetzesinitiative angekündigt, die die direktdemokratische Beteiligung im Bereich Bergbau neu regeln, d.h. einschränken soll.

6.3 Hermosa Beach, Kalifornien, USA

Der kleine Ort liegt nahe Los Angeles am Rande des größten vermuteten Ölschieferfelds der USA, dem Monterey Shale, ist aber auch berühmt und beliebt wegen seiner Natur. Hermosa Beach lebt wesentlich vom Tourismus. Widerstand gegen Ölförderaktivitäten hat in der südkalifornischen Stadt eine lange Tradition. Bereits 1932 beschlossen die Bürger_innen in einer Volksabstimmung, jegliche Öl- und Gasförderung vor die Stadtgrenzen zu verbannen.²² Grund waren verrottende ehemalige Ölförderstätten, die Luft und Wasser verschmutzten und die Lebensqualität in dem Ort stark einschränkten.

Erst 44 Jahre später versuchte die Firma Macpherson Oil Co. erstmals, das Verbot zu überwinden, scheiterte aber. 1984 initiierte das Unternehmen zwei Bürger_innenentscheide, die das Verbot aufweichen sollten. Die Bürger_innen stimmten dafür, dass an zwei Stellen

innerhalb des Stadtgebietes nach Öl gebohrt werden dürfe, zwei Jahre später erhielt Macpherson dafür den Zuschlag. 1992 erlaubte die Stadtverwaltung dem Unternehmen, vor der Küste weitere 30 Bohrstellen zu errichten. Doch als 1998 eine Studie der staatlichen Küstenschutzkommission (*California Coastal Commission*) die ökologischen Risiken des Projekts offenlegte²³, beschloss der Stadtrat, das Projekt zu stoppen. Macpherson verklagte die Stadt. Es dauerte zwölf Jahre, bis der Prozess endete. Das Berufungsgericht gab Hermosa Beach 2010 Recht. Die Frage, ob die befürchteten Risiken als Grund für den Stopp ausreichten, verwies es jedoch an ein Geschworenengericht. Bis zu 750 Millionen US-Dollar Schadensersatz verlangte Macpherson – das entspricht etwa dem 20-fachen Jahresbudget der Stadt.

Vor diesem Hintergrund trat der Stadtrat in Verhandlungen mit dem Unternehmen. 2012 gelang es ihm, eine Einigung zu erzielen. Die Ölfirma E&B Natural Resources Management Corp. übernahm Macphersons Förderrechte für 30 Millionen US-Dollar – 12,5 Millionen zahlte sie selbst und 17,5 Millionen lieh sie der Stadt für deren Anteil an der Entschädigung – und versprach, nur noch in einem Bereich des Stadtgebiets und mit einer sichereren Bohrmethode als Macpherson Öl zu fördern. Über diesen Vorschlag sollte ein Bürger_innenentscheid stattfinden, dessen Kosten E&B übernahm. Wenn die Bürger_innen den Vorschlag annähmen, würde E&B der Stadt 14 Millionen US-Dollar erlassen und ihr erlauben, die restlichen 3,5 Millionen mit den Tantiemen am geförderten Öl zu verrechnen.²⁴ Am 3. März 2015 fand die Abstimmung statt. Obwohl die „Ja“-Kampagne 16-mal so viel Geld wie die Nein-Kampagne ausgab, scheiterte das Projekt deutlich. 79,5 Prozent der Bürger_innen stimmten mit Nein. Damit ist das Ölförderverbot in Hermosa Beach wieder hergestellt.

²¹ <http://sostenibilidad.semana.com/medio-ambiente/articulo/cumal-segun-la-industria-petrolera-los-resultados-no-son-validos/37956> [letzter Aufruf 12.07.2017].

²² Die Stadtverwaltung von Hermosa Beach hat die Ereignisse in einer Chronologie zusammengefasst, abrufbar unter: <http://www.hermosabch.org/modules/showdocument.aspx?documentid=1660> [letzter Aufruf 08.05.2017].

²³ Die Studie der kalifornischen Küstenkommission (California Coastal Commission) ist abrufbar unter <https://www.coastal.ca.gov/pdf/e9628.pdf> [letzter Aufruf 10.05.2017].

²⁴ https://en.wikipedia.org/wiki/Hermosa_Beach_oil_drilling_controversy [letzter Aufruf 15.08.2017].

7 BEDINGUNGEN FÜR DIREKTE DEMOKRATIE IN KONFLIKTEN UM BERGBAU UND FRACKING

7.1 Politisch-institutionelle Bedingungen und Gelegenheiten

In allen betrachteten Kommunen sind Bürger_innenentscheide gesetzlich verankert – in den latein-amerikanischen Staaten allerdings oftmals nur als „halbdirekte“ Demokratie. Hier müssen die Bürger_innen ihre lokalen Repräsentant_innen überzeugen, eine Volksabstimmung anzusetzen. Erst mit der Gesetzesänderung von 2015 können Bürger_innen in Kolumbien selbst Volksentscheide initiieren. Dagegen blicken die USA auf eine lange Tradition der direkten Demokratie auf lokaler Ebene zurück. Gerade in Kalifornien sind es die Menschen gewöhnt, über wichtige Fragen auch direkt abstimmen zu können. Dagegen gaben in Kolumbien, wo die Instrumente relativ neu sind, Berichte von erfolgreichen Volksabstimmungen anderswo den Ausschlag, sich dieses Instrumentes zu bedienen. Für die USA und Argentinien kommt hinzu, dass sie relativ stark föderal organisiert sind.

Die Kommunen bzw. Provinzen genießen grundsätzlich die Regelungskompetenz für alles, was nicht auf höherer Ebene entschieden wird – in Argentinien ausdrücklich auch für Genehmigungen von Bergbauprojekten. Deshalb vermischte sich der Kampf gegen die Extraktionsprojekte in beiden Staaten bald mit einem grundsätzlichen Kampf um lokale Autonomie und (lokale) demokratische Selbstbestimmung. In Longmont und Esquel verlagerte sich dadurch die politische Auseinandersetzung und veränderte ihren Fokus. Je höher die politische Ebene, auf der der Streit ausgetragen wurde, desto mehr ging es den Bürger_innen um ihr grundsätzliches Recht auf Mitsprache. Der Fall Hermosa Beach zeigt, wie wichtig es für den Erfolg der Strategie ist, dass sie auf allen politischen Ebenen und auch vom betroffenen Unternehmen respektiert wird. Dort hat das Unternehmen selbst den Bürger_innenentscheid finanziert und sein Ergebnis akzeptiert. Die direkte Demokratie ist so stark im öffentlichen Bewusstsein verankert, dass sie auch von den Verlierer_innen der Abstimmung als legitim betrachtet wird.

Neben der Tradition entscheidet die Bürger_innennähe der Justiz über die Durchsetzung lokaler



Protagonisten des Bürger_innenentscheids in Cajamarca, Kolumbien am Tag der Abstimmung (Foto: Hanna Thiesing)

Volksabstimmungen. Während im kolumbianischen Fall das Verfassungsgericht mehrfach für die Minengegner_innen entschied, scheiterten die Bürger_innen von Longmont immer wieder vor Gericht.

7.2 Strategische Partner aus Wirtschaft und Politik

Den Initiativen hat es sehr geholfen, wenn sie Bündnisse mit der lokalen Wirtschaft eingehen konnten. In Esquel und Hermosa Beach mobilisierte auch die Tourismusbranche gegen die Förderlizenzen, in Piedras die Großgrundbesitzer_innen und der Verband der Reisproduzent_innen, während in Longmont kein Wirtschaftszweig vorherrschte, der sich vom Fracking bedroht fühlte. Im Gegenteil – die sehr gut organisierte Ölindustrie Colorados wurde auch auf lokaler Ebene gehört. Dort stellte sich die lokale Politik schnell gegen die Bürger_innengruppen. Die konnten zwar zu Beginn ihrer Kampagne durch massive lokale Aktionen die Gemeinde dazu bewegen, Maßnahmen gegen Fracking zu ergreifen. Die Justiz urteilte jedoch wiederholt gegen die lokale Selbstbestimmung und verwies die Entscheidung über Fracking auf die bundesstaatliche Ebene, wo die Frackinggegner_innen in einem Machtkampf innerhalb der regierenden Demokratischen Partei zerrieben wurden.

Für den Erfolg der betrachteten Initiativen war entscheidend, dass die politischen Institutionen vor Ort das eindeutige „Nein“ im Bürger_innenentscheid mittrugen – und zwar weitgehend unabhängig von der Verbindlichkeit des Verfahrens. Obwohl in Longmont das Verfahren gut geregelt und lange etabliert war, konnte die Justiz den Bürger_innenentscheid kippen und die Bewegung gegen Fracking und für mehr demokratische Mitbestimmung letztlich zum Erliegen bringen. Dagegen schafften es die gut vernetzten Aktivist_innen von Esquel, Goldtagebau aus ihrer Provinz bis dato zu verbannen, obwohl die Ergebnisse der Abstimmungen offiziell nicht bindend sind. Eher negativ wirkt es sich dagegen aus, wenn die Initiativen in Wahlkämpfe geraten oder Politiker_innen der regionalen oder nationalen Ebene das Thema

vereinnahmen. Dann wird es ihnen wie in Longmont aus der Hand genommen und in Hinterzimmern werden Kompromisse geschlossen, ohne die lokal Aktiven einzubinden.

7.3 Ressourcen

Als wichtige Ressourcen für Protestakteure, die direkt-demokratische Instrumente in Konflikten um Bergbau und Fracking einsetzen, erwiesen sich der Zugang zu (unabhängigen) Informationen, Zeit und Vernetzung.

Eine wichtige Rolle spielte, dass die Aktivist_innen über ausreichend Zeit und Raum verfügten, sich regelmäßig zu treffen. Sie organisieren sich zunächst als Nachbarschaftskomitees, oft kannten sich zumindest einige Gruppenmitglieder schon vorher persönlich. In allen vier dargestellten Fällen entzündete sich der Protest, weil die Menschen wussten oder erfuhren, welche ökologischen Folgen und Auswirkungen auf ihre Lebensgrundlagen die Extraktion von Rohstoffen hat und welche konkreten Plänen zum Rohstoffabbau es in ihrer unmittelbaren Umgebung gab. Eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung spielten Berichte von Unfällen oder permanenten Umweltverschmutzungen anderswo. Dabei fokussierten sie sich entweder auf die Fördertechnologie, die in ihrer jeweiligen Kommune zum Einsatz kommen sollte (Longmont, Esquel) oder auf das Unternehmen, das das konkrete Projekt plante (Hermosa Beach, La Colosa).

Diese Informationen kamen weder von staatlichen Stellen noch von den Bergbauunternehmen selbst, sondern von informierten Anwohner_innen oder Umweltgruppen. Dadurch war das Vertrauen in die Institutionen so beeinträchtigt, dass die Menschen begannen, sich zusätzliche Informationen von außerhalb zu beschaffen und sich zu organisieren. Informationsveranstaltungen der Unternehmen, auf denen die Gefahren heruntergespielt wurden, verstärkten dies eher noch, als dass sie zur Beruhigung beitrugen. Alle Gruppen eint ein festes Misstrauen in die Verlautbarungen der Bergbaubefürworter_innen. Lernprozesse, die weitgehend autonom von staatlichen

Informationsquellen verliefen, trugen insgesamt zur Selbstermächtigung der Protestierenden bei und zu ihrer Selbstdefinition als diejenigen, die Verantwortung für ihre natürliche Umwelt und ihr Gemeinwesen übernehmen, auch gegen Bestrebungen und Interessen der repräsentativen Gremien. Die so gewonnene Haltung lässt es konsequent erscheinen, lokale Volksabstimmungen zu einem Bergbauprojekt zu fordern und die lokale Autonomie gegenüber Entscheidungen „von oben“ behaupten zu wollen. Alle hier betrachteten Bündnisse setzten eigene Webseiten auf, um ihr Wissen weiterzugeben, Termine bekannt zu machen und zu mobilisieren.

Die Unterstützung durch nationale und internationale Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, die Expert_innen entsenden und Erfahrungen teilen konnten, bildete ebenfalls eine wichtige Ressource. Gute Kontakte zu anderen Aktionsgruppen und zu professionellen NGOs haben entscheidenden Anteil daran, wie schnell und wie gut sich die betroffenen Menschen informieren und organisieren können. Im Falle der Abstimmungen rund um die La Colosa-Goldmine haben die Aktivist_innen erst durch andere Bergbau-Proteste von der Möglichkeit lokaler Volksabstimmungen erfahren. Auch juristische Expertise – sämtliche hier betrachteten Widerstandsgruppen wurden in gerichtliche Auseinandersetzungen darüber verstrickt, ob ein Bürger_innenentscheid zulässig und sein Ergebnis bindend ist – erhielten sie über ihre Netzwerke. Neben der vertikalen war auch die horizontale Vernetzung entscheidend: Je mehr unterschiedliche Akteure sich zusammenschlossen, desto eher fanden sie Gehör in der Politik und konnten die Bürger_innen auf ihre Seite bringen.

7.4 Reaktionen der Industrie

Der Ressourceneinsatz auf der gegnerischen Seite hat den Erfolg ebenfalls beeinflusst – und zwar nicht nur der finanzielle, sondern vor allem der politische. Die Initiativen in Colorado und Ibagué scheiterten letztlich an der starken Verquickung von Staat und Öl- und Bergbaulobby, weniger an ihrem Mangel an Zeit, Geld

und Organisationsgrad.

Die interessierten Unternehmen haben sämtlich große Summen in Werbekampagnen für ihre Projekte investiert. Im Abstimmungskampf haben sie ein Vielfaches der Summen ausgegeben, die ihren Gegner_innen zur Verfügung standen. Dennoch haben sie es nicht geschafft, eine Mehrheit der Bürger_innen zu überzeugen. Auf höheren politischen Ebenen waren sie allerdings häufiger erfolgreich. Außer in Hermosa Beach, wo sich tatsächlich nur ein einzelnes Unternehmen ohne einflussreichen Lobbyverband im Rücken für die Ölförderung starkmachte, schafften es die Lobbyist_innen zumindest vorübergehend, lokale und regionale Politiker_innen von ihrer Sache zu überzeugen. In Cajamarca gelang es beinahe, genug Wähler_innen zum Boykott der Abstimmung zu bewegen, damit diese am Quorum scheitern würde. In Colorado startete die Industrie sogar eigene Volksbegehren, während sie zugleich gegen sämtliche Entscheidungen zugunsten der Frackinggegner_innen Klage erhoben – und Recht bekamen.

7.5 Reaktionen des Staates

Die größte Rolle für den Erfolg der Strategie bildete fraglos die Akzeptanz der Volksabstimmungen durch höhere staatliche Ebenen. Insbesondere in Fällen, bei denen starkes nationalstaatliches Interesse an Extraktionsprojekten herrscht, haben lokale Akteure nur wenig Chancen. Die Entscheidung über Genehmigungen und Auflagen kann auf eine höhere Ebene gezogen werden und damit die Abstimmung für ungültig erklärt werden und es können gegenläufige Entscheidungen auf einer höheren Ebene getroffen werden – das war die Strategie der politischen Gegner_innen der Anti-Frackinginitiativen in Colorado. Ein ähnliches Szenario könnte auch den Provinzen in Argentinien drohen, die Bergbaumoratorien oder strenge Auflagen für den Chemikalieneinsatz in Minen verhängt haben, wenn die nationale Regierung eine neue Exportstrategie durchsetzt. In Kolumbien wurden während der Auseinandersetzung um die Mine La Colosa die Mitbestimmungsrechte gestärkt,

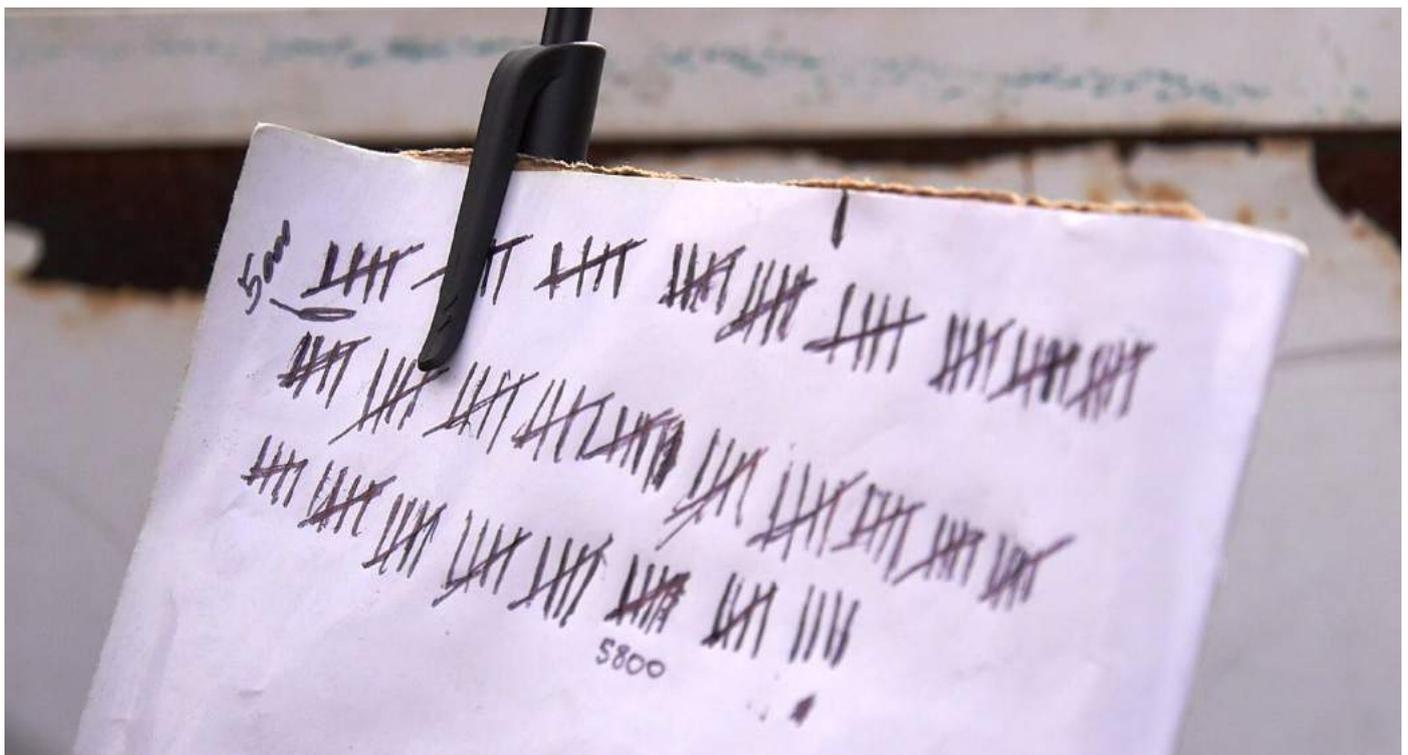
was den Erfolg der Bürger_innenentscheide wesentlich begünstigte. Longmont dagegen erntete mit seinem entschiedenen Widerstand gegen Fracking eine demokratiefeindliche Stimmung im Bundesstaat, die in Anstrengungen der Industrie, der Regierung und der Gerichte zum Ausdruck kam, die lokale Direkt-demokratie, aber auch die kommunale Autonomie generell zu schwächen. Mit seinen Entscheidungen gegen die Städte Longmont und Fort Collins verdrehte der Oberste Gerichtshof in Colorado das US-amerikanische Prinzip des *Home Rule*, wonach eine Kommune im Rahmen der Gesetze alles regeln darf, was sie selbst regeln will, in sein Gegenteil: Kommunen dürfen nichts regeln, was nicht der Bundesstaat regelt – etwa Fracking verbieten oder zumindest mit strengen Auflagen versehen – solange dies höhere politische Ebenen nicht tun.

8 DIREKTE DEMOKRATIE IST VORAUS- SETZUNGSVOLL, ABER IHR EINSATZ KANN SICH LOHNEN

Direkt-demokratische Instrumente haben sich in Bergbaukonflikten bewährt – allerdings nicht, weil

eine Entscheidung der Bürger_innen ein Extraktionsprojekt einfach stoppen kann. Vielmehr haben sie dann Erfolg, wenn sie in einen Mix aus Selbstorganisation und -information, öffentlichem Druck auf gewählte Politiker_innen und auch direkten Aktionen wie Straßenblockaden eingebettet sind. Eine wichtige Rolle spielen überregionale professionelle NGOs. Sie haben Erfahrungen in der strategischen und rechtlichen Unterstützung lokaler Initiativen und können in kurzer Zeit beraten und relevante Informationen über Umweltgefahren und die politischen Rechte der Bevölkerung gut aufbereitet zur Verfügung stellen. Mit ihrer Hilfe können die Menschen vor Ort Desinformationskampagnen von Unternehmen und ihnen gewogenen Politiker_innen schneller durchschauen. Denn sie brauchen nicht nur genug Ressourcen für die eigene Organisation und die Mobilisierung, sondern auch das Wissen, dass die Industrie mit allen Mitteln Gegenmaßnahmen ergreift. Unter diesen Umständen hilft es der Industrie wenig, wenn sie viel Geld in die „Ja“-Kampagnen investieren – die Bürger_innen werden trotzdem gegen die Mine stimmen.

Um das Ergebnis einer lokalen Abstimmung auch durchzusetzen, ist es weniger relevant, ob das Ergebnis



Strichliste Wahlbeteiligung in Cajamarca, Kolumbien (Foto: Hanna Thiesing)

rein rechtlich bindend ist. Als wichtiger erweist sich seine Akzeptanz durch die (lokale) Politik. Erst wenn sich Aktivist_innen und gewählte Vertreter_innen auf lokaler Ebene verbünden, erlangen sie echte Schlagkraft. Ist dann noch die lokale Wirtschaft Teil einer solchen Allianz, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die Initiativen den langen Atem aufbringen, den sie brauchen, um ihre Anliegen durchzusetzen. In allen betrachteten Fällen zogen sich die Auseinandersetzungen über Jahre hin, wechselten sich Erfolge mit Rückschlägen ab. Außerdem wirkt es für die Aktiven motivierend, eine große Mehrheit der Bevölkerung hinter sich zu wissen. Wenn wie in Esquel über Jahre hinweg regelmäßig große Teile der Bevölkerung auf die Straße gehen, erzeugt das nicht nur den notwendigen Rückhalt für die Kerngruppe der Aktivist_innen, sondern auch den Handlungsdruck auf die lokalen und regionalen Politiker_innen. Dass in Argentinien viele Provinzen sich nach der erfolgreichen Volksabstimmung in Esquel bergbaukritisch zeigten und von sich aus strenge Auflagen oder Moratorien verhängten, ist sicherlich auch der andauernden Sichtbarkeit der Proteste zu verdanken.

9 AUSBLICK

Lokale Volksabstimmungen ermöglichen es den Gegner_innen von Bergbau- und Frackingprojekten ihre Kräfte und Forderungen zu bündeln und rechtlich durchzusetzen. Gleichzeitig erhöhen sie die Legitimität der Forderungen gegenüber Staat und Unternehmen. Doch zeigt sich besonders in Bergbaukonflikten, wo lokale Interessen mit denen kapitalstarker Unternehmen kollidieren, dass auch direktdemokratische Entscheidungen der Bürger_innen, deren Ergebnisse eigentlich verbindlich wären, vor allem auf juristischem Weg angegriffen werden. Sie werden für ungültig erklärt oder von höheren politischen Instanzen einkassiert. Insofern wirkt

lokale Direktdemokratie dialektisch: Einerseits trägt die Durchsetzung von Volksabstimmungen dazu bei, dass sich die Menschen ihrer demokratischen Rechte bewusst werden und Mitbestimmung einfordern. Sie verstärkt die Selbstermächtigung und erhöht die Legitimität des Protests, besonders wenn die Instrumente bekannt und gut geregelt sind. Andererseits zeigt sie den Menschen schnell die Grenzen ihrer politischen Entscheidungsfreiheit auf, wenn sich übergeordnete Instanzen in ihren Kompetenzen gestört fühlen. Dann verquickt sie die Auseinandersetzung um ein Extraktionsprojekt mit dem Kampf um lokale Autonomie. Wenn höhere politische Ebenen offen für solche Autonomieimpulse von unten sind, verbessert dies die Erfolgsaussichten des Widerstands gegen ein bestimmtes Minen- oder Frackingprojekt erheblich.

Wenn die Menschen gegen Bergbau oder Fracking in ihrer Nähe vorgehen, tauschen sie bald Erfahrungen



Mobilisierung in Cajamarca, Kolumbien (Foto: Hanna Thiesing)

und Wissen mit anderen Widerstandsgruppen aus, oft steht dies ganz am Anfang des Protestes. Das steigert zusätzlich die Wahrscheinlichkeit, dass sie mangelnde lokale Autonomie und Mitbestimmungsmöglichkeiten als Teil des Problems erkennen und die politischen Rechte, die ihnen zur Verfügung stehen, bestmöglich nutzen. Damit verstärkt und verstetigt sich demokratisches Bewusstsein, wird das Spektrum der politischen Möglichkeiten voll ausgenutzt. Die Wechselwirkung zwischen Massenaktionen wie Demonstrationen und Blockaden mit direktdemokratischen Instrumenten erweist sich als Motor sowohl der politischen Selbstermächtigung als auch für Erfolge im Kampf gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen.

LITERATURVERZEICHNIS

- AHK Argentina (2014): Bergbau in Argentinien, abrufbar unter http://www.ahkargentina.com.ar/fileadmin/ahk_argentinien/Descargas/Publicaciones/mineraArgentina/2014_Factsheet_Bergbau_DIGITAL.pdf [letzter Aufruf 08.05.2017]
- Arenas, Natalia (2015): Hoy: el día D del oro, erschienen in: La Silla Vacía, abrufbar unter <http://lasillavacia.com/historia/hoy-el-dia-d-del-oro-49576> [letzter Aufruf 28.9.2016]
- Castilla, Juliana (2016): Argentina seeks to unify regulations to spur mining investments, erschienen in: Reuters, abrufbar unter <http://www.reuters.com/article/us-argentina-mining-idUSKCN1175S9> [letzter Aufruf 08.05.2017]
- Cúneo, Martín; Gascó, Emma (2013): El pueblo que decidió dejar el oro bajo tierra, erschienen in: El Diario, abrufbar unter http://www.eldiario.es/desalambre/pueblo-decidio-dejar-oro-tierra_0_191780928.html [letzter Aufruf 08.05.2017]
- Departamento Nacional de Planeación (2015): Plan nacional de desarrollo 2014-2018, abrufbar unter <https://colaboracion.dnp.gov.co/CDT/PND/PND%202014-2018%20Tomo%20%20internet.pdf> [letzter Aufruf 08.05.2017]
- Dietz, Kristina (2017): Direkte Demokratie in Konflikten um Bergbau in Lateinamerika: das Goldminenprojekt La Colosa in Kolumbien. Berlin, GLOCON Working Paper, Nr. 4
- Dodge, Jefferson (2012): People of the year: Longmont anti-fracking citizens' group Our Longmont, erschienen in: Boulder Weekly, abrufbar unter <http://www.boulderweekly.com/news/people-of-the-year-longmont-antifracking-citizens-group-our-longmont/> [letzter Aufruf 08.05.2017]
- EIA (2016): Colorado State Energy Profile, abrufbar unter <https://www.eia.gov/state/print.php?sid=CO>, [letzter Aufruf 08.05.2017]
- EIA (2016:2): U.S. Crude Oil and Natural Gas Proved Reserves, Year-end 2015, abrufbar unter <https://www.eia.gov/naturalgas/crudeoilreserves/pdf/usreserves.pdf> [letzter Aufruf 08.05.2017]
- El Espectador (2017): Pijao y Arbeláez dijeron No a la explotación minera y de hidrocarburos, 9.07.2017, abrufbar unter <http://www.elsepectador.com/noticias/medio-ambiente/pijao-y-arbelaez-dijeron-no-la-explotacion-minera-y-de-hidrocarburos-articulo-702257> [letzter Aufruf 18.07.2017]
- Goodland, Marianne (2016): Big dollars fueling fracking fight for November, erschienen in: The Colorado Independent, abrufbar unter <http://www.coloradoindependent.com/160584/big-dollars-fueling-fracking-fight-for-november> [letzter Aufruf 08.05.2017]
- Huella Minera (2016): Chubut analiza hacer una consulta popular minera, abrufbar unter <http://huellaminera.com/2016/10/chubut-analiza-una-consulta-popular-minera/> [letzter Aufruf 08.05.2017]
- Jaffe, Mark (2014): Hickenlooper compromise keeps oil and gas measures off Colorado ballot, erschienen in: The Denver Post, abrufbar unter <http://www.denverpost.com/2014/08/04/hickenlooper-compromise-keeps-oil-and-gas-measures-off-colorado-ballot/> [letzter Aufruf 08.05.2017]
- LongmontRoar (2013): The Story of Oil and Gas in Longmont, abrufbar unter <http://longmontroar.org/local-issues-2/the-story-of-oil-gas-in-longmont/> [letzter Aufruf 18.07.2017]
- OCMAL (2015): Conflictos Mineros en América Latina. Extracción, Saqueo y Agresión. Estado de Situación en 2014. , abrufbar unter <https://www.ocmal.org/conflictos-mineros-en-america-latina-extraccion-saqueo-y-agresion-estado-de-situacion-en-2014/> [letzter Aufruf 18.07.2017]
- PAX (2016): Democracia vale más que el oro. El proyecto minero La Colosa y el derecho ciudadano a la participación. Utrecht.
- Perrin, Jack; Cook, Troy (2016): Hydraulically fractured wells provide two-thirds of U.S. natural gas production, abrufbar unter <https://www.eia.gov/todayinenergy/detail.php?id=26112> [letzter Aufruf 08.05.2017]

- Quintana, Pablo (2017): Macri envía al Congreso su "Acuerdo Federal Minero": regalías miserables y "pedagogía" para quebrar la resistencia social, erschienen in: El Extremo Sur, abrufbar unter <http://noalamina.org/general/item/16870-macri-envia-al-congreso-su-acuerdo-federal-minero-regalias-miserables-y-pedagogia-para-quebrar-la-resistencia-social> [letzter Aufruf 12.05.2017]
- Renauld, Martin (2016): The Esquel effect: political opportunity structure and adaptation mechanisms in anti-mining mobilisation in Argentine Patagonia, in: Canadian Journal of Development Studies / Revue canadienne d'études du développement, 37(4), 524-540
- Ridlington, Elizabeth; Rumpler, John (2013): Fracking by the Numbers. Key Impacts of Dirty Drilling at the State and National Level, Environment America, Boston
- Reichl, C.; Schatz, M.; Zsak, G. (2017): World Mining Data. Volume 32 – Minerals Production. Hrsg. vom International Organizing Committee for the World Mining Congresses und dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft Österreich, Wien
- Schilling-Vacaflor, Almut; Flemmer, Riccarda (2015): Rohstoffabbau in Lateinamerika: Fehlende Bürgerbeteiligung schürt Konflikte, GIGA Focus Nr. 5, Hamburg
- Svampa, Maristella; Álvarez, Marian Sol; Bottaro, Lorena (2009): Los movimientos contra la minería metalífera a cielo abierto: escenarios y conflictos. Entre el 'efecto Esquel' y el 'efecto La Alumbrera'. In: Svampa, Maristella; Antonelli, Mirta Alejandra (Hrsg.): Minería transnacional, narrativas al desarrollo y resistencias sociales. Buenos Aires: Editorial Bibos, 123-180
- Valencia, León (2017): La encrucijada que deja la consulta de Cajamarca, abrufbar unter <http://www.pares.com.co/conflictos-asociados-al-desarrollo/la-encrucijada-que-deja-la-consulta-de-cajamarca/> [letzter Aufruf 10.04.2017]
- Walter, Mariana; Martinez-Alier, Joan (2010): How to Be Heard When Nobody Wants to Listen: Community Action against Mining in Argentina. In: Canadian Journal of Development Studies / Revue canadienne d'études du développement 30 (1-2), 281-301
- Walter, Mariana; Urkidi, Leire (2015): Community mining consultations in Latin America (2002-2012): The contested emergence of hybrid institution for participation. In: Geoforum doi:10.1016/j.geoforum.2015.09.007
- Weber, Hans (2016): Landkreise in Kolumbien dürfen Bergbau verbieten, erschienen auf amerika21.de, abrufbar unter <https://amerika21.de/2016/10/162539/landkreise-bergbau-kolumbie> [letzter Aufruf 12.05.2017]

ÜBER DIE AUTOR_INNEN

Neelke Wagner betreut den Bereich Publikationen des Mehr Demokratie e.V. und befasst sich auch darüber hinaus mit den Themen Demokratie, Klimapolitik, Energie- und Verkehrswende.

Kristina Dietz leitet gemeinsam mit Bettina Engels die Nachwuchsgruppe „Globaler Wandel – Lokale Konflikte?“ (GLOCON) an der Freien Universität Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Konflikte um Land und Rohstoffe, Raum-, Entwicklungs- und Demokratietheorie, globale Umwelt- und Energiepolitik, soziale Bewegungen und Politische Ökologie. Regionaler Schwerpunkt ihrer Arbeit ist Lateinamerika.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Freie Universität  Berlin